

Kanton will sein Eigenkapital halbieren

Tiefere Steuern, höhere Investitionen

BUDGET 2023 «Wir servieren Ihnen heute sicher keinen kalten Kaffee», sagte eine sichtlich gut gelaunte Cornelia Stamm-Hurter (SVP), bevor sie vergangenen Dienstag das Budget für das kommende Jahr sowie den Finanzplan für die Periode 2023 bis 2026 den Medien präsentierte. «Hervorragend», «rekordhoch» oder «komfortabel» sind Wörter, die am Dienstagmorgen mehrfach fallen.

Die Eckpunkte des Budgets sind schnell aufgezählt: Der Kanton will die Steuern für natürliche Personen um weitere 2 Prozentpunkte senken. Mit der temporären Corona-Steuersenkung soll der effektive Steuerfuss somit nächstes Jahr 90 Prozent betragen. Der Steuerfuss für Unternehmen soll hingegen gleichbleiben.

Das Personal soll zudem einen höheren Lohn erhalten: 3,75 Prozent Lohnsummenentwicklung ist vorgesehen im Budget. Damit unterbietet der Kanton allerdings die Stadt Schaffhausen, die ihren Angestellten 4,5 Prozent in Aussicht stellt.

Im Budget sind auch deutlich höhere Nettoinvestitionen vorgesehen als in den vorhergehenden Jahren – ganze 47 Millionen Franken. Alleine 7 Millionen davon sollen etwa für Arbeiten am Polizei- und Sicherheitszentrum und am neuen Strassenverkehrszentrum investiert werden.

Auf die Frage, ob der Kanton Schaffhausen neben den Steuersenkungen auch neue zielgerichtete Massnahmen zur Abfederung der steigenden Energiekosten und die anhaltende Teuerung ge-

plant hat, verwies der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements Dino Tamagni (SVP) auf eine Arbeitsgruppe des Bundes. Man könne noch nichts Konkretes kommunizieren, aber: «Wenn jemand am Schauen ist, schaut jemand.»

Das Budget 2023 sieht ein Defizit von 10,8 Millionen Franken vor.

Eigenkapital schrumpft

Ein Blick in die Rechnung 2021 zeigt auch: Der Kanton Schaffhausen sitzt auch auf einem rekordhohen Eigenkapitalpolster – rund 675 Millionen, die sich fast gleichmässig auf frei verfügbarem Eigenkapital und finanzpolitische Reserven aufteilen.

Doch das Eigenkapitalpolster wird jetzt über die nächsten Jahre kontinuierlich abgebaut. Das zeigt der Finanz- und Investitionsplan für die Periode 2023–2026. Grund für den Abbau ist neben den vorgesehenen Investitionen für die nächsten Jahre vor allem, dass der Kanton Schaffhausen ab 2024 Gebekanton im Nationalen Finanzausgleich wird: Erhält er dieses Jahr noch 2,4 Millionen Franken, wird er im Jahr 2026 voraussichtlich bereits über 24 Millionen Franken einzahlen müssen. Um diese Mehrausgaben tragen zu können, ohne dabei Leistungen abzubauen, will die Regierung auf das Eigenkapital zurückgreifen.

Am Ende des Finanzplanjahrs 2026 soll sich das Eigenkapital des Kantons gemäss Prognose halbiert haben. **sim.**

Umsetzung der Transparenz-Initiative

Wie hast du's mit dem Volkswillen?

KANTONSRAT «Ich bitte Sie, von Unmutsbekundungen abzusehen, Herr Freivogel. Einfach präventiv», sagte Kantonsratspräsident Stefan Lacher (SP) zu seinem Parteikollegen, als dieser letzten Dienstag ans Rednerpult trat. Tatsächlich war während der ganzen Debatte zur Transparenz in der Parteienfinanzierung viel Unmut auf der linken Ratseite zu spüren.

Zur Erinnerung: Die Motion Heydecker will alle Details in einem Gesetz regeln, von der angenommenen Transparenz-Initiative soll nur noch ein allgemeiner Grundsatz in der Verfassung stehen bleiben. Inzwischen hat der Regierungsrat einen Vorschlag für die Umsetzung der Motion vorgelegt, eine Spezialkommission hat sie beraten.

Stimmt der Kantonsrat dieser zu, soll diese der Umsetzungs-Initiative, welche den Kern der Transparenz-Initiative retten will, gegenübergestellt werden. So will es die Regierung.

Das sei ein undemokratisches Vorgehen, kritisierte Matthias Freivogel. Er stellte deswegen den Antrag auf Nichteintreten, was das faktische Ende der Motion Heydecker bedeutet hätte. «Demokratiopolitisch problematisch», war auch das Fazit von Gianluca Looser (Junge Grüne). Mit der Umsetzung der Motion Heydecker würde der Volkswille umgangen.

Ganz im Gegenteil, der Antrag von Matthias Freivogel sei undemokratisch, erwiderte Marcel Montanari (FDP). «Sie wollen verhindern, dass die Stimmbewölkerung über die Formulierung



Die JUSO trauert dem Volkswillen nach.
zVg

abstimmen kann». Es wäre nicht das erste Mal, dass die Stimmbewölkerung mehrfach befragt werden muss, bis das Resultat stimmt, sagte auch Motionär Christian Heydecker (FDP).

Der Antrag auf Nichteintreten von Matthias Freivogel

scheiterte, genauso wie alle weiteren Anträge der Linken in der Detailberatung.

Da alle Anträge mehr als zwölf Stimmen erhielten, wird die Spezialkommission in der zweiten Lesung aber nochmals darüber beraten müssen. **sim.**